Die Bundesregierung plant die **systematische** und **verdachtsunabhängige Protokollierung des Kommunikationsverhaltens** der **gesamten Bevölkerung**.

Im Namen der Verbrechensbekämpfung soll nachvollziehbar werden, **wer mit wem** in den letzten sechs Monaten per Telefon, Handy oder E-Mail in Kontakt gestanden hat. Bei der Handynutzung soll auch der jeweilige **Standort** festgehalten werden. Die Nutzung des **Internets** soll ab 2008 ebenfalls nachvollziehbar sein.

Die Vorratsdatenspeicherung

- verstößt gegen das Menschenrecht auf Privatsphäre und informationelle Selbstbestimmung
- greift tief in das Fernmeldegeheimnis (Artikel 10 GG) ein
- beeinträchtigt vertrauliche berufliche Aktivitäten (Medizin, Kirche, Recht, Journalismus), wie auch politische und unternehmerische Aktivitäten
- verstößt gegen das rechtstaatliche Prinzip der Unschuldsvermutung
- kann von Kriminellen leicht umgangen werden
- ist teuer und belastet die Wirtschaft und Verbraucher

Kontakt & Presseanfragen

Internet	www.vorratsdatenspeicherung.de
Mailingliste	ml@ak-vds.de
Presse	presse@vorratsdatenspeicherung.de

„Ich habe Angst vor terroristischen Angriffen, davor muss mich der Staat doch schützen“

Es ist die Pflicht unseres Staates uns vor Bedrohungen zu schützen und dafür geeignete Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen. Sicherheit ist allerdings kein Selbstzweck – **Sicherheit dient dem Schutz unserer im Grundgesetz verbrieften Rechte, unseres demokratischen Rechtsstaats**.

Über 80 Millionen Bundesbürger unter Generalverdacht zu stellen und umfassend ihr Kommunikationsverhalten aufzuzeichnen, **dient nicht dem Schutz unserer Grundrechte, sondern untergräbt diese**.

Die Vorratsdatenspeicherung öffnet ein Tor zum Überwachungsstaat. Zuerst war nur die Rede von der Verfolgung schwerer Straftaten, nun sollen auch Geheimdienste und die Musikindustrie Zugriff erhalten. Vorhandene Datenbestände wecken Begehrlichkeiten. Auch wer sich nichts vorzuwerfen hat, muss zunehmend mit einschneidenden Ermittlungsmaßnahmen, mit Irrtümern und Missbrauch rechnen.

Vertrauen Sie dieser **Politik** den Schutz Ihrer **Privatsphäre** an?

„Es ist ein offensichtlich unverhältnismäßiger Eingriff in unsere Grundrechte, das Kommunikations- und Bewegungsverhalten der gesamten Bevölkerung zu protokollieren, um die Aufklärungsquote um mikroskopische 0,006% steigern zu können.“

Patrick Breyer, Jurist

„Frau Zypries will vorsorglich Informationen über unsere Telefonate, Bewegungen und Internetnutzung sammeln lassen für den Fall, dass wir zu Verbrechern werden.“

Ralf Bendrath, Politikwissenschaftler

Überwachung gefährdet unsere Demokratie!

*„Wer **grundlegende Freiheiten** aufgibt, um **vorübergehend ein wenig Sicherheit** zu gewinnen, verdient **weder Freiheit noch Sicherheit**.“*

Benjamin Franklin

Ein Informationsfolder des **Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung (AK Vorrat)**
Weitere Informationen zum AK Vorrat finden Sie unter

www.vorratsdatenspeicherung.de

V.i.S.d.P: padeluun · FoeBuD e.V. · Marktstr. 18 · Bielefeld | Gestaltung: kinra

41 Verbände* lehnen in einer Gemeinsamen Erklärung den Gesetzentwurf zur Vorratsdatenspeicherung von SPD, CDU und CSU ab:

Erstunterzeichner:

- Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung
- Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger e.V. (BDZV)
- Chaos Computer Club e.V. (CCC)
- Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di
- Deutsche Liga für Menschenrechte e.V.
- Deutsche Vereinigung für Datenschutz (DVD) e.V.
- Deutscher Journalisten-Verband (DJV)
- Deutscher Presserat
- eco Verband der deutschen Internetwirtschaft e.V.
- Evangelische Konferenz für Telefonseelsorge und Offene Tür e.V.
- Förderverein für eine Freie Informationelle Infrastruktur e.V. (FFII Deutschland)
- Forum InformatikerInnen für Frieden & gesellschaftliche Verantwortung e.V.
- Gesellschaft für Datenschutz und Datensicherung e.V. (GDD)
- Gustav-Heinemann-Initiative (GHI)
- Humanistische Union e.V.
- Internationale Liga für Menschenrechte (ILMR)
- Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V.
- Netzwerk Neue Medien e.V.
- netzwerk recherche e.V.
- Neue Richtervereinigung e.V. (NRV)
- no abuse in internet e.V. (naiin)
- Organisationsbüro der Strafverteidigervereinigungen
- Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein e.V. (RAV)
- STOP1984
- Verband Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ)
- Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. (vzbv)
- Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen e.V. (VDJ)

Weitere Unterzeichner:

- Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi)
- Bundeskoordination Internationalismus (BUKO)
- Bundesverband deutscher Pressesprecher e.V. (BdP)
- Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen e.V. (BDP)
- Bundesverband Digitale Wirtschaft e.V. (BVDW)
- Bundesverband Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe (bff)
- Berufsverband unabhängiger Handwerkerinnen und Handwerker e.V. (BUH)
- Deutscher Anwaltverein e.V. (DAV)
- Deutscher Fachjournalisten-Verband (DFJV)
- FREELENS e.V. – Verband der Fotojournalisten
- Reporter ohne Grenzen e.V
- Verband der Internet-Cafes Deutschland e.V. (VICD)
- Verein zur Förderung der Suchmaschinen-Technologie und des freien Wissenszugangs e.V. (SuMa-eV)
- Verein zur Förderung des öffentlichen bewegten und unbewegten Datenverkehrs e.V. (FoeBuD)

*Stand: 16.05.2007

Gemeinsame Erklärung zum Gesetzentwurf über die Vorratsdatenspeicherung:

Der Gesetzentwurf zur Neuregelung der Telekommunikationsüberwachung sieht vor, Telekommunikationsunternehmen ab Herbst 2007 zu verpflichten, Daten über die Kommunikation ihrer Kunden auf Vorrat zu speichern.

Damit soll nachvollziehbar werden, wer mit wem in den letzten sechs Monaten per Telefon, Handy oder E-Mail in Verbindung gestanden hat. Bei Handy-Telefonaten und SMS soll auch der jeweilige Standort des Benutzers festgehalten werden. Bis spätestens 2009 soll zudem die Nutzung des Internets nachvollziehbar werden. Davon erhoffen sich Ermittlungsbehörden verbesserte Ansätze zur Strafverfolgung.

Eine derart weitreichende Registrierung des Verhaltens der Menschen in Deutschland halten wir für inakzeptabel. Ohne jeden Verdacht einer Straftat sollen sensible Informationen über die sozialen Beziehungen (einschließlich Geschäftsbeziehungen), die Bewegungen und die individuelle Lebenssituation (z.B. Kontakte mit Ärzten, Rechtsanwälten, Psychologen, Beratungsstellen) von über 80 Millionen Bundesbürgerinnen und Bundesbürgern gesammelt werden.

Damit höhlt die Vorratsdatenspeicherung Anwalts-, Arzt-, Seelsorge-, Beratungs- und andere Berufsgeheimnisse aus und begünstigt Wirtschaftsspionage. Sie untergräbt den Schutz journalistischer Quellen und beschädigt damit die Pressefreiheit im Kern. Die enormen Kosten einer Vorratsdatenspeicherung sind von den Telekommunikationsunternehmen zu tragen. Dies wird Preiserhöhungen nach sich ziehen, zur Einstellung von Angeboten führen und mittelbar auch die Verbraucher belasten.

Untersuchungen zeigen, dass bereits die gegenwärtig verfügbaren Kommunikationsdaten ganz regelmäßig zur effektiven Aufklärung von Straftaten ausreichen.

Es ist nicht nachgewiesen, dass eine Vorratsdatenspeicherung besser vor Kriminalität schützen würde. Dagegen würde sie Millionen von Euro kosten, die Privatsphäre Unschuldiger gefährden, vertrauliche Kommunikation beeinträchtigen und den Weg in eine immer weiter reichende Massenansammlung von Informationen über die gesamte Bevölkerung ebnen.

Rechtsexperten erwarten, dass das Bundesverfassungsgericht eine Pflicht zur verdachtslosen Vorratsdatenspeicherung von Kommunikationsdaten für verfassungswidrig erklären wird. Außerdem wird erwartet, dass die EG-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung vor dem Europäischen Gerichtshof keinen Bestand haben wird. Die Richtlinie verstößt gegen die im Europarecht verankerten Grundrechte und ist in vertragsverletzender Weise zustande gekommen. Irland hat bereits Klage gegen die Richtlinie erhoben. Die Gesetzgebung sollte den Ausgang dieser Klage unbedingt abwarten!

Als Vertreter der Bürgerinnen und Bürger, der Medien, der freien Berufe und der Wirtschaft lehnen wir das Vorhaben einer Vorratsdatenspeicherung geschlossen ab. Wir appellieren an die Politik, sich grundsätzlich von dem Vorhaben der umfassenden und verdachtsunabhängigen Speicherung von Daten zu distanzieren.

Helfen auch Sie dem Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung bei der Arbeit zur Verhinderung der Vorratsdatenspeicherung:

www.vorratsdatenspeicherung.de

Jeder kann mitmachen, jeder wird gebraucht!